



FDP | 05.08.2013 - 13:15

Ganztagsbildung weiter fördern, Wahlfreiheit erhalten



Die Baden-Württemberger Liberalen wollen das Angebot an Ganztagschulen ausweiten. Die Wahlfreiheit soll aber bestehen bleiben.



Birgit Homburger

Einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge wünschen sich viele Eltern mehr Ganztagsschul-Angebote. Der Anteil an Kindern, die bereits eine Ganztagschule besuchen, variiert stark je nach Bundesland: So gehen bereits 80 Prozent der sächsischen Jugendlichen ganztags zur Schule; in Bayern sind es nur gut 11 Prozent.

„Die Studie macht deutlich, dass die Angebote zur Ganztagschule je nach Region sehr unterschiedlich genutzt werden“, sagte FDP-Landesvorsitzende Birgit Homburger. „Dies zeigt, dass Eltern selbst am besten entscheiden können, was gut für ihre Kinder ist und wie sie ihr Familienleben gestalten möchten.“ Gerade in den ländlichen Regionen gebe ein aktives und attraktives Vereinsangebot, das von vielen Kindern intensiv genutzt werde.

„Die FDP Baden-Württemberg begrüßt es, wenn das Angebot an Ganztagschulen ausgeweitet wird, jedoch muss die Wahlfreiheit bestehen bleiben“, unterstrich sie. Die Tendenzen von SPD und Grünen, Ganztagsbildung verpflichtend zu machen, lehnte die Liberale jedoch ab. „Eine verpflichtende Ganztagschule wäre eine weitere grün-rote Zwangsmaßnahme.“

Meinhardt fordert „Masterplan Ganztagsbildung“



Patrick Meinhardt

„Wir brauchen unbedingt mehr schulische Ganztagsangebote, ohne jedoch die Länder zu benachteiligen, die wie Sachsen schon längst viel weiter sind“, bekräftigte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Patrick Meinhardt. Die meisten Landesregierungen und Landesparlamente sollten endlich eine Bildungsverpflichtung für sinnvolle Ganztagsangebote eingehen, forderte er. Dabei gehe es um passgenaue Angebote, die von den Schulen vor Ort kommen müssen. „Deutschland braucht keine bundesweit einheitliche Ganztagskäseglocke, sondern einen Masterplan Ganztagsbildung.“

Es gebe Schulen, die durch den engen Kontakt mit Vereinen und regionalen Betrieben schon längst optimale freiwillige Angebote haben. „Gerade in Städten müssen wir mit einer guten auch sozialpädagogischen Personalausstattung ganz andere Aufgaben bewältigen, die sehr viel mehr mit Erziehung zu tun haben“, so Meinhardt. Die FDP-Bundestagsfraktion will daher das Bildungskonzept "Starke Fördervereine an Schulen" in der kommenden Legislaturperiode neu auflegen, mit dem auch von Fördervereinen getragene Schulsozialarbeit finanziert werden kann, erklärte er.

Dass der CDU-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg auf einen bundesweiten Rechtsanspruch setze, sei abwegig, so Meinhardt weiter. „Gerade er muss wissen, dass die baden-württembergische grün-rote Landesregierung alle neuen Gemeinschaftsschulen zu gebundenen Ganztagschulen macht“, erklärte er. „Zu glauben, dass wir uns als Bund vor den Karren einer Einheitsbildung spannen lassen und indirekt auf einmal neue Gemeinschaftsschulen mitfinanzieren, ist an Blauäugigkeit nicht zu überbieten.“

[erhalten#comment-0](#)